



CDU

NEWSLETTER REINHOLD HILBERS, MDL

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Grund, uns zu freuen. Der Niedersächsische Wirtschaftsminister hat die Bahnstrecke Bad Bentheim – Nordhorn – Neuenhaus zur Reaktivierung vorgeschlagen. Damit ist davon auszugehen, dass ab 2018 wieder regelmäßig Personenzüge diese Grafschafter Städte miteinander verbinden. Über dieses Ergebnis freue ich mich sehr.

Herzliche Grüße

Ihr Reinhold Hilbers

Nordhorn kommt zum Zug

Mit der Empfehlung an die Lenkungsgruppe kommen wir der Reaktivierung des Schienenpersonennahverkehrs innerhalb der Grafschaft Bentheim weiter nah. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Ich freue mich sehr, dass unsere Bemühungen vor Ort von Landkreis, den Städten und Gemeinden sowie der Bentheimer Eisenbahn AG dazu geführt haben, dass unsere Strecke Bad Bentheim – Nordhorn – Neuenhaus vom Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr dem Lenkungskreis zur Reaktivierung des Schienenpersonennahverkehrs vorgeschlagen werden. Die Strecke ist in der Analyse positiv bewertet worden.

Seit vielen Jahren haben wir gemeinsam daran gearbeitet, dieses wichtige strukturpolitische Ziel zu erreichen. Schon unter Wirtschaftsminister Jörg Bode wurde die Reaktivierung voran gebracht und die

Voraussetzungen zur Begutachtung der Strecke gelegt.

Mit der heutigen Entscheidung kommen wir einer positiven Gesamtentscheidung ganz nah. Die gemeinsamen Bemühungen im Niedersächsischen Landtag und in den Landesbehörden haben ihr Ziel nicht verfehlt. Ich bin froh darüber.

Mit der Wiedereinführung des Bahnangebots in Nordhorn und Neuenhaus wird der Standort Grafschaft Bentheim gestärkt und die Zukunftsperspektiven verbessert. Keine vergleichbare Kreisstadt in Niedersachsen ist ohne Bahnanschluss.



Archivbild

Wenn jetzt lediglich drei Strecken reaktiviert werden, sollte das Land nachdenken, ob nicht der 25-prozentige Investitionsanteil der Kommunen, für die eigentlich das Land allein zuständig ist, reduziert werden kann. Da nur drei Strecken eine Wirtschaftlichkeit aufweisen, sind Finanzmittel frei geworden, die für andere, sich als nicht tragfähig erwiesene Strecken reserviert waren.

Chancen statt Einheitsbrei

Die Grafschaft verfügt über ein buntes und vielfältiges Schulsystem. Da waren sich alle Beteiligten des schulpolitischen Diskussionsabends mit dem CDU-Bildungsexperten Kai Seefried einig. Seefried war auf meine Einladung in die Grafschaft gekommen, um in einer öffentlichen Veranstaltung über die Zukunft der Schulpolitik in Niedersachsen zu sprechen.

Es ist die Aufgabe des Landes das bisherige durchlässige und bedarfsgerechte Angebot weiter zu erhalten und zu stärken, damit sich die ganz unterschiedlichen Schülerinnen und Schülern gemeinsam mit ihren Eltern für die individuell am besten geeignete Schulform und Laufbahn entscheiden können. Gleichzeitig dürfen Schulen nicht gänzlich vom Leistungsgedanken befreit werden. Gute Schülerinnen und Schüler haben gute Noten verdient – Leistung muss auch in der Schule Ansporn sein. Daher gehen die jüngsten Entwicklungen wie die Abschaffung der Noten in der Grundschule oder auch den Wegfall der Schullaufbahneempfehlungen in die falsche Richtung.



W.-R. Kopper, K. Seefried, R. Hilbers, F. Schwank

Schulpolitiker Seefried: „Gleichmacherei darf in unserem Schulsystem keine Chance haben: Alle Menschen sind verschieden und nur ein vielfältiges Bildungssystem statt eines einfältigen Bildungsangebots kann den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen.“ Entsprechend erteilte Seefried der geplanten Schulgesetzreform der rot-grünen Landesregierung auch eine Absage. Die CDU baue auf bewährte Strukturen. Es sei nun

nicht an der Zeit wieder eine Strukturdebatte vom Zaun zu brechen, wie es Rot-Grün nun ohne Not tue. „Wir wollen über Inhalte und Qualität reden und die Schülerinnen und Schüler nach ihren Bedürfnissen fordern und fördern“, erläutert Seefried den Ansatz der niedersächsischen Unionsfraktion. Darum habe man auch einen Gegenentwurf zum rot-grünen Konzept in den Landtag eingebracht. Dieser sehe zum Beispiel das Abitur nach Maß vor, bei dem die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit den Eltern entscheiden können, ob das Abitur nach acht oder neun Gymnasialjahren abgelegt werden soll.

Für die Eltern erklärte der Kreiselternsprecher Ferdinand Schwank: „Aktuell meint die Landespolitik schon wieder mit einer Novelle, die Schulformen ändern zu müssen. Dabei interessiert die Eltern die Frage der verschiedenen Schulformen nur am Rande. Die Frage der Qualität der Bildung steht für Eltern klar im Mittelpunkt.“

Der Kreistagspolitiker Rolff-Rüdiger Kopper macht deutlich, dass der Landkreis Grafschaft Bentheim in den vergangenen Jahren viel in die Schullandschaft investiert habe. Dass nun durch die Schulgesetznovelle wieder Unruhe an den Schulen ausbreche, sei bedauerlich. Aus kommunalpolitischer Sicht sei diese Debatte daher schädlich.

Polizeipräsenz auf dem Land sichern, statt zu lamentieren

Als „unzureichend“ empfinde ich die Aussagen der Niedersächsischen Landesregierung zur Zentralisierung der Polizeiarbeit zulasten kleiner Polizeidienststellen. Die Aussagen des Polizeipräsidenten Bernhard Witthaut hatte ich zum Anlass genommen bei der Landesregierung im Rahmen einer kleinen Anfrage im Landtag nachzufragen, ob die

Schließung kleiner Polizeidienststellen zur Diskussion stehe (siehe Pressemitteilung vom 2. Februar). Witthaut hatte erklärt, dass für ihn insbesondere auch eine Zentralisierung der Polizeiarbeit zulasten der zahlreichen kleinen Polizeistationen im Westen Niedersachsens – also auch in der Grafschaft Bentheim – in Betracht komme.

In seiner Antwort erklärte der Niedersächsische Innenminister Pistorius, die Kernaussage des Zitats würden seitens der Landesregierung nicht beanstandet. Ob die Präsenz der Polizei in der Fläche reduziert werden solle, hat Pistorius damit beantwortet, dass die Schließung von Polizeistationen derzeit nicht Gegenstand grundsätzlicher Überlegungen sei.

Die Antwort ist eine einzige Enttäuschung. Ein klares Dementi sieht anders aus. Die Landesregierung lässt die Bürger damit vollkommen im Unklaren, was mittelfristig geplant ist. Dabei müssen die Bürger vor Ort wissen, was die Regierung beabsichtigt und was auf sie zukommt. Die Schließung von Polizeistationen in der Fläche darf jedenfalls nicht klammheimlich passieren.

In der Grafschaft ist in Wietmarschen gerade ein neues Gebäude bezogen worden und in Emlichheim wird ein neues Gebäude gebaut, in das auch die Polizei einziehen soll. Es kann nicht sein, dass diese Stationen nun zur Diskussion stehen.

Leistungsfähigkeit der Feuerwehren darf nicht gefährdet werden

Auf der Jahresdienstversammlung der Ortsfeuerwehr Lohne im vergangenen Jahr hatten Führungskräfte der Feuerwehr und die Kameraden der Einsatzkräfte ihre Sorge geäußert, dass bei der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz Personal fehlen, um eine bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung der Feuerwehren zu gewährleisten. Diese Sorge habe ich zum

Anlass genommen, bei der Niedersächsischen Landesregierung im Rahmen einer kleinen Anfrage genau nachzufragen.

Wie sich nun aus der Antwort des Innenministers Pistorius ergibt, treffen die Befürchtungen der Grafschafter Feuerwehren zu: Bei der Akademie fehlt es an Personal. Daher konnte zuletzt nur ein Bruchteil der beantragten Lehrgängen durchgeführt werden.

Allerdings sind die Mittel für die Akademie durch den Haushalt aufgestockt worden. Ich bin mir sicher, dass diese Mittel erforderlich sind, um die Leistungsfähigkeit der Wehren vor Ort zu erhalten. Wir brauchen starke Feuerwehren in ganz Niedersachsen. Die Feuerwehren zeigen, dass Ehrenamt und Professionalität kein Gegensatz sind. Den Lehrgängen und der Ausbildung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Zur Nachwuchssicherung, ist es auch wichtig neue und junge Kameradinnen und Feuerwehrkameraden auf Lehrgänge senden zu können. Außerdem ist es demotivierend für das Ehrenamt, wenn Lehrgänge abgesagt werden müssen, weil Personal fehlt. Die beste Ausstattung ist nicht viel Wert, wenn die Ausbildung nicht auf dem Stand der Zeit ist. Darum sollten auch Seiteneinsteiger in den Dienst der Akademie zugelassen werden. Außerdem kann man mit der Abordnung von Fachleuten arbeiten. Auf diesen Punkt geht der Innenminister in seine Antwort auf meine Anfrage leider nicht ein. Ich denke, wir brauchen mehr Kreativität, um die Ausbilder, die benötigt werden, auch einstellen zu können.